

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched.-Kont.: Hannover 57613 Der Abonnementspreis beträgt durch den Boten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Post- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen. Verantwortl. für den Inhalt: Carl Schubb, Bochum. Druck: H. Genschmann & Co., Bochum. Telefon-Nummern: 88, 89, 98. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Blumenthaler Straße 33-42. Telegramm: Altkarben Bochum

Die Aufgabe des Tages.

Das Interesse der Öffentlichkeit konzentriert sich auf den Kampf an der Ruhr. Deutsches Angebot, nicht genügend klar und nicht weitgehend genug, besonders in den Fragen der Leistungsgarantien usw.; französische Antwort brutal ablehnend, aber auch die englische und italienische Antwort scharf betonend, daß das Angebot ungenügend sei, besonders da England vorher in Berlin genau habe wissen lassen, wie es sich eine deutsche Antwort als Verhandlungsbasis denke. Nicht so sehr auf die Zahl der angebotenen Milliarden kommt es dabei an, obwohl auch ernste deutsche Wirtschafts- und Finanzkreise die 50 des englischen Vorschlags oder eine Annäherung an sie für glücklicher gehalten hätten, als die deutsche 30. Aber es kommt, wie Stresemann sagte, wirklich nicht auf eine Milliarde an, sondern das Zentralproblem dieser Lage ist die Garantie für die deutsche Leistung und ihre Vorbedingung: Eine Belastung des Reiches in Deutschland, wie wir sie bisher noch nicht kannten!

Tausche man sich nicht: die Auseinandersetzung über diese Frage wird entscheidend sein für das Schicksal der armen Bevölkerung in Deutschland und keine dringendere Aufgabe gibt es für die Arbeitnehmerschaft, als sich auf diese innerwirtschaftliche Auseinandersetzung vorzubereiten. Stresemann und Meißner, Lidwin und Bernhardt, große Kreise von Industrie und Handel befreundeten sich mit dem so lange von ihnen bekämpften Gedanken der Erfassung der Sachwerte, um zu einer befriedigenden Lösung des Reparationsproblems zu kommen. Die Gefahr dieser Befriedung besteht in dem Satz: Wie ich sie auffasse.

Es ist üblich geworden, über die Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Versailler Vertrag allerlei, oft nicht nachprüfende, oft gar phantastische Zahlen zu veröffentlichen. Hier wirkliche Klarheit zu schaffen, scheint uns dringende Aufgabe der Arbeitnehmerorganisationen zu sein.

Von der Verarmung des deutschen Volkes seit dem Kriege wird oft in einer Weise geredet, als wenn der Wert des sogenannten Volkvermögens in einer Weise vermindert worden sei, die jede deutsche Reparationsausfälligkeit. Das ist eine arge Übertreibung. Ferner geworden ist die deutsche Wirtschaft, man kann nicht ungefragt jahrelang Krieg führen und nicht ungefragt Millionen jahrelang unproduktiv beschäftigen und bezahlen. Aber abgesehen von dieser allgemeinen Verarmung verteilt sich der Vermögensverlust sehr ungleich. Verarmt und verelendet sind vor allem die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, deren Reallohn seit Jahren geringer wird und nur noch die Hälfte, ein Drittel des Realfriedenslohnes beträgt. Verarmt und verelendet, erkrankt und gestorben sind die Sozial- und Kleinrentner, deren Unterstützung trotz aller Erhöhung der Unterstützung in Papiermark zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel war. Verarmt sind Teile des Handels und des Gewerbes, die mit der übermächtigen Konkurrenz nicht mithalten konnten und proletariisiert wurden. Nicht verarmt, sondern viel reicher geworden sind aber die verschiedensten Kreise unserer Besitzenden. Es ist lächerlich, von einer allgemeinen „Verminderung der Substanz“ zu reden. Nicht auf die Dividende, nicht auf die in Berichten erscheinenden Zahlen kommt es an, sondern auf die allgemein sichtbaren Tatsachen. Eine Anzahl von Betrieben, industrieller, finanzieller und agrarischer Art haben eine gewaltige Vermehrung der Substanz gegenüber dem Frieden aufzuweisen. In den Geschäftsberichten sucht man natürlich nachweise darüber vergebens, oder wenn man sie dort findet, sind sie nicht zum Zweck dieses Nachweises dort hineingekommen.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. hat 1913 ihre Bergwerke mit 123 Millionen Goldmark in die Bilanz eingetragt, im letzten Jahr mit 130 Millionen Papiermark. Ihre anderen Anlagen setzten sie 1913 mit 245 Millionen Goldmark ein, 1922 mit 54 Millionen Papiermark. Deutsch-Luxemburg setzte seine Anlagen 1913 mit 219 Millionen Goldmark ein, 1922 mit 97 Millionen Papiermark. In den Berichten vieler Gesellschaften sieht es ähnlich aus, vielfach erscheinen Rohstoffe usw. mit ähnlichen Beträgen wie im Vorjahr, trotz der gewaltigen Preissteigerung seitdem.

Jedem Kind ist es aber bekannt, in welchem Umfang die meisten Betriebe sich konsolidiert haben, wie sie Neuanlagen geschaffen, zahllose Häuser gekauft haben usw. Und wie hier, so in der Landwirtschaft. Bei einer Fahrt durch Pommern wurden uns dieser Lage von Industriellen Mitteilungen darüber gemacht, wie ganz allgemein die Landwirtschaft ihre Substanz vermehrt hat. Kaum ein Gut, das nicht heute hypothekensfrei ist, das nicht neu gebaut, neue Maschinen angeschafft hat, das nicht mehr Vieh besitzt wie vor dem Krieg.

So sieht in diesen Kreisen die Substanzverminderung aus, die im Lande sichtbar ist. Die Substanzvermehrung, die ins Ausland gewandert ist, entzieht sich jeder genauen Kontrolle. Walter Rathenau hat einmal, wie wir von Teilnehmern der betreffenden Unterredung wissen, daß

direkt ins Ausland verschobene deutsche Kapital auf 8 Goldmilliarden geschätzt, ungerechnet die Guthaben, die sich unter nichtdeutschen Vordnamen im Ausland befänden. Der parlamentarische Vertreter der Abteilung für den Ueberseehandel im englischen Handelsministerium erklärte, daß die deutschen Guthaben im Ausland in den deutschen Industriekreisen auf 50 Millionen Pfund Sterling geschätzt werden. Es beständen daneben aber noch zahlreiche Guthaben, die sich unter nichtdeutschen Vordnamen im Ausland befänden. Im ganzen könnten die deutschen Guthaben im Ausland auf 240 Millionen Pfund Sterling geschätzt werden. — 240 Millionen Pfund Sterling sind 4,8 Milliarden Goldmark. Vertreter der deutschen Banken haben den Besitz der deutschen Industrie- und Handelskreise an Devisen und fremden Zahlungsmitteln auf 3 Milliarden Goldmark beziffert. Da sie außerhalb des Verdachtes stehen, diese Zahlen zu hoch angenommen zu haben, sondern viel eher ebenfalls zu niedrig gegriffen haben, ist zu vermuten, daß die englischen Schätzungen der Wirklichkeit sehr nahe kommen, wenn sie nicht, was mit Rücksicht auf Rathenaus Meinung sehr wahrscheinlich ist, weit hinter ihr zurückbleiben. Aber auch wenn man nur 5 Milliarden Gold annimmt, so stelle man in Vergleich dazu, daß zur Kollaranleihe des Reiches nur 50 Goldmilliarden von unseren Kapitalisten gezeichnet wurden, vielleicht also ein Hundertstel des deutschen Devisenbesitzes im Ausland. Neben den Devisenkäufen unserer Industriekreise im April hat auch die Sabotage der Kollaranleihe zum neuen Sturz der Mark und der jetzigen wahnwitzigen Preissteigerung mit beigetragen. Diese Kreise, die sich in allem auf Goldmark einstellen, dürfen sich nicht wundern, wenn auch die Arbeiterschaft anfängt, sich auf Goldmark einzustellen.

Aber entscheidend für die Lösung der Reparationsfrage ist die genaue Feststellung der wirklichen Verhältnisse und danach die Erfassung der Geldwerte durch Goldwerte, nicht in lächerlichen Belastungen durch Papiermark.

Aufgabe der Arbeitnehmerorganisationen ist es, schnell und gründlich Vorarbeit für diese Fragen zu leisten; was danach kommt, wird sein: Erbitterter Kampf der Besitzenden für Erhaltung ihrer Vorrechte. Steigen diese in dem Kampf, so bedeutet das unbeschreibliche Elend für die kranken Volksmassen. Sie dürfen nicht fliehen und deshalb ist es unsere Aufgabe, gegenüber der Kapitalmacht, die noch nie so konzentriert und noch nie so gewaltig war, eine feste, große, starke Front der Arbeitnehmerschaft zu schaffen und zu erhalten!

Ganz in der Stille haben sich auch während des Ruhrkampfes gewaltige Kapitalkonzentrationen vollzogen. Einmal lagte in Oberschlesien über die Ausländer Wolf und Weinmann, indem sein Siemens-Rheinthal-Schmelzwerk die Charlottenhütte gewann, die A. G. S. gliederte sich durch Linke-Hofmann die Obereschlesische Eisenindustrie an. An der Börse geht ein stiller, zäher Kampf um weitere obereschlesische Werte vor sich, hinter dem man französisches und englisches Kapital vermutet. Auf jeden Fall konzentriert sich eine Kapitalmacht wie nie zuvor. Welche den Arbeitern, wenn sie die Lehren dieser Vorgänge nicht verstehen!

Erhöhung der Reallohne!

Daß von einem Lohnabbau bei dem versagenden Preisabbau nicht die Rede sein konnte, versteht sich von selbst. Bei der neuesten wahnwitzigen Preissteigerung sind enorme Lohnerhöhungen selbstverständlich notwendig. Die Verelendung der deutschen Arbeitnehmerschaft ist trotz der in Papiermark steigenden Entlohnung so groß geworden, daß ihre Besserstellung im Interesse der Produktion unabweisbar ist. Die schweizerische Wirtschaftszeitung, „Die Kurve“, veröffentlicht Vergleiche über die Löhne deutscher und ausländischer Arbeiter und zieht folgenden Schluss:

„Die deutsche Lebenshaltung steht heute weit unter dem — und dies bei ganz anderen klimatischen Bedingungen —, was ein armer Bauer in den Abruzzen zu sich nimmt.“

Der deutsche Arbeiter kann nach diesen Feststellungen höchstens die Hälfte von dem verdienen, was er früher für seinen Unterhalt gebraucht. Seine Kleidung ist herabgekommen, die Erziehung fast unmöglich, seine Wohnungsverhältnisse haben sich verschlechtert, die Beschaffung von Wohnungseinrichtungen für junge Arbeiterpaare ist fast unmöglich geworden. Noch hat diese Not nicht das Ergebnis gezeitigt, daß die deutsche Arbeiterklasse, ihrer Bedeutung für die Wirtschaft entsprechend, und entsprechend der für sie möglichen Kraftleistung die deutsche Wirtschaft so geformt hat, wie es nötig ist, aber es bleibt nur eine Wahl: diese notwendige Reform oder völlige Verelendung der Arbeiterklasse!

Im Staate New York betragen im März d. J. die Durchschnittslöhne 26,92 Dollar, das ist nach einem Dollarkurs von 22000 gerechnet, 590 000 M. die Woche. Der durchschnittliche Bergarbeiterlohn betrug im März im Ruhrgebiet: Rheinisch 13 925 Mark oder 83 550 Papiermark die Woche; Durchschnittslohn der Gebirgsarbeiter 16 857 Mark oder 101 142 Papiermark die Woche.

Wenn wir die 26,92 Dollar in Goldmark umrechnen und die mit 49 Prozent angegebene Leertung in Amerika gegenüber der Vorkriegszeit abziehen, so betrug der Durchschnittslohn damals rund 75 Goldmark die Woche. Im Ruhrgebiet machte der Durchschnittslohn für Gebirgsarbeiter bei einem Dollarkurs von 22000 im März ganze 20 Goldmark aus!

In England, das sich aus verschiedenen Gründen zum Vergleich gut eignet, sind die Löhne jetzt viermal so hoch als in Deutschland. Trotzdem wird die deutsche Industrie nach und nach konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt, weil die Monopolpreise die Preise und damit den Gewinnanteil der Unternehmer tiefer in die Höhe treiben. So geschieht die Gewinne auch verdeckt werden, die Tatsachen werden durch keine noch so spitzfindige Methode verschleiert.

Die Dividendensteigerungen sind durchweg bei unseren Industrieunternehmen im Vergleich zum Vorjahr sehr groß. Aber auf die Dividende kommt es heute gar nicht mehr an für die Aktionäre. Die ungeheuren Ausschüttungen an der Börse bieten ihnen weit höhere Gewinne als eine noch so hoch denkbare Dividende ihnen bieten könnte. Die Methode, die Dividende auf Goldmark umzurechnen, hat auch deshalb wenig Sinn, weil in großem Umfang Unternehmensurgen aller Art ihren alten Aktionären neue Aktien, die einen Kurswert von 300- und Hunderttausenden haben, zu 100 oder ein paar Hundert Prozent anbieten. Diese Bezugsrechte bieten den Aktionären sehr hohe Gewinne, daß demgegenüber die Dividende gar keine Rolle spielt.

Manchmal versuchen Gesellschaften auch, die Dividende im Vergleich mit dem Umsatz zu bringen, um so die Gewinnrückkehr zu beweisen. Die Anhaltischen Kohlenwerke in Halle, die sich auf den für heutige Aktionärsbegriffe niedrigen Dividendenfuß von 100 Prozent beiräten — das Aktienkapital ist nach dem Kriege durch Verwässerungen und Bezugsrechte von 15 auf 60 Millionen Mark gebracht worden —, veröffentlichten zur Rechtfertigung ihrer Dividendenpolitik eine Zusammenstellung der in den letzten 13 Jahren erzielten Umsätze, der gezahlten Löhne und des Anteils der Dividende am Umsatz. An sich hat das keinen Sinn, da der Aktionär Anspruch auf den (heute meist verfallenen) Reingewinn hat. Aber wenn die Unternehmer ihre Dividende in Gold berechnen und wenn die Anhaltischen Kohlenwerke Dividende mit Umsatz vergleichen, so wollen wir der Tabelle in der letzten Spalte die Arbeiterlöhne im Vergleich zum Umsatz beifügen, um das Bild in etwa zu korrigieren. Dann sieht die Tabelle folgendermaßen aus:

Jahr	Umsatz in Millionen Mark	Arbeiterlöhne in Millionen Mark	Dividende in Prozent vom Umsatz	Arbeiterlöhne in Prozent vom Umsatz
1910	4,28	1,57	11	36,7
1911	4,78	1,77	11	36,8
1912	5,61	1,96	10	34,9
1913	5,58	1,95	12	34,9
1914	5,49	1,59	12	29,0
1915	7,10	1,82	10	25,6
1916	9,50	2,45	9	25,8
1917	11,56	2,90	7	15,8
1918	19,99	6,41	6	32,2
1919	15,95	18,65	2,5	40,6
1920	305,95	61,42	1	20,8
1921	302,33	103,66	1,98	34,1
1922	5093,33	970,22	1,20	19,4

Gerade im letzten Jahre zeigt sich also ein gewaltiges Sinken des Lohnes im Vergleich zum Umsatz, der Anteil ist auf 19,4 gesunken gegen 34,1 im Vorjahr, vor dem Kriege war er noch höher. Lohn und Dividende erforderten im letzten Jahre 20,6 Prozent, vor dem Kriege 36,9 bis 45 Prozent vom Umsatz. Die Erklärung der großen Differenz liegt wohl darin, daß diese Gesellschaft wie viele anderen Sachwertmäßig kammerter, für die Zukunft des Werks und der Aktionäre sorgte. Was die Arbeiter von dieser Zukunftssorge haben werden, liegt bei ihnen selbst. Jedenfalls beweist aber dieses Beispiel, daß diese Rechenmethoden Unsin sind.

Die Senkung des Lohnanteils wird auch interessant beleuchtet durch Veröffentlichungen der „Sozialen Bauwirtschaft“. Nach den Veröffentlichungen sind die Lohnkosten für den Bau einer Wohnung von 70 Quadratmeter Grundfläche um mehr als die Hälfte gesunken. Interessant ist aber die Verschiebung im Anteil der verschiedenen Posten. Vom Juli 1914 bis März 1923 stiegen die Baukosten einer Kleinwohnung von 4922 Goldmark auf 4998 Goldmark. Die Baukosten sind um 38 Prozent gestiegen, die gesamten anderen Kosten um 58 Prozent gesunken. Die Minderung des Lohn- und Gehaltsanteils und des Gewinns der Unternehmungen ist zu 12 Prozent auf Steuern, aber zu 88 Prozent auf die Baustoffindustrie und den Baustoffhandel zurückzuführen. Diese Feststellung ergibt sich auch aus folgenden Ziffern:

1914: Baukosten 2668 Goldmark = 54 Prozent, übrige Kosten 2254 Goldmark = 46 Prozent. 1923: Baukosten 3697 Goldmark = 74 Prozent, übrige Kosten 1301 Goldmark = 26 Prozent.

Die Baustoffhersteller und Baustoffhändler sowie die ihnen zugehörigen Industrien haben gegenüber dem Verdienst vor dem Kriege bei jeder Kleinwohnung einen zusätzlichen Gewinn von rund 1029 Goldmark, also mehr, als die so verklärten gesunkenen Lohnkosten ausmachen, in Anspruch genommen. Bei etwa 60000 Wohnungen, die im Jahre 1922 gebaut wurden, macht dieser Mehrerwerb die sicher nicht bestehende Summe von 62 Millionen Goldmark oder 310 Milliarden Papiermark aus.

Nach Mitte 1922 waren die Baukosten einer Kleinwohnung, in Goldmark umgerechnet, 22-25 Prozent niedriger als im Frieden. Die letzte Preiswelle auf dem Baustoffmarkt hat es aber dahin gebracht, daß die Lohnkosten ständig sanken und die Baustoffpreise stiegen. Am 1. März 1923 war trotz sinkender Goldmarklöhne der Bau einer Kleinwohnung schon um 1 Proz. teurer als im Frieden.

Legen wir die aus dem Wohnungsbau vorstehend ermittelten Ziffern zugrunde, dann entfallen auf die Baukosten heute rund 74 Prozent oder rund 3 Milliarden Goldmark, auf die Löhne dagegen nur 15 Prozent oder 620 Millionen Goldmark. Gegenüber dem Friedensverhältnis verdienen demnach die Baustoffhersteller und Baustoffhändler heute 800 Millionen Goldmark oder 4 Billionen Papiermark mehr, die Bauarbeiter verdienen nur 640 Millionen Goldmark oder 3,2 Billionen Papiermark weniger.

Die Wirkungen des Friedensvertrages werden unternehmerlich systematisch übertrieben, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Tatsachen abzulenken. Roh- und Halbfabrikate sind durch Monopolwirtschaft wahnwitzig übersteuert, so daß trotz der erbärmlichen Reallohnpreise über Weltmärkte haben. Die Erhöhung der Reallohn ist eine unabweisbare Notwendigkeit ebenso wie die Senkung der Wucherpreise für Rohstoffe und Halbfabrikate durch schärfste Kontrolle und gesetzgebliche Maßnahmen!

Der Saarstreik erfolgreich beendet.

Am 12. Mai fanden erneut Verhandlungen mit der Verwaltung der Saargruben statt. Welche Ursachen es waren, ob die Regierungskommission nachdrückte, ob sich Paris gefügiger zeigte oder ob die Entlassung mit den notwendigen Verbesserungsversuchen beiderseitig, kann man nicht bestimmt sagen; auf alle Fälle zeigte sich die Verwaltung schon einigangs der Verhandlungen zugänglicher und eine Annäherung war möglich. Das Verhandlungsergebnis sind folgende protokollierte Vereinbarungen:

1. Wiederanstellung. Die Wiederbeschäftigung der zur Belegschaft der Saargruben gehörenden Arbeiter kann nur nach und nach erfolgen, je nachdem der technische Betrieb dies zulässt.
2. Lohnregelung.
 - a) Sauerburchschnittslohn: Gehingelohn feste Zulage 50prozent. Zulage Gesamtverdienst 10,- Fr. 6,- Fr. 5,- Fr. 21,- Fr.
 - b) Sauermindestlohn: 8,80 Fr. 6,- Fr. 4,15 Fr. 18,45 Fr.
 - c) Schichtlöhner unter Tage:

Gruppe	Richtlohn	Teuerungszulage	Gesamtverdienst
I	9,25 Fr.	11,- Fr.	20,25 Fr.
II	8,50 Fr.	10,50 Fr.	19,- Fr.
III	7,75 Fr.	10,- Fr.	17,75 Fr.
IV	7,- Fr.	9,50 Fr.	16,50 Fr.
 - d) Schichtlöhner über Tage:

I	8,25 Fr.	10,50 Fr.	18,75 Fr.
II	7,50 Fr.	10,- Fr.	17,50 Fr.
III	6,25 Fr.	9,50 Fr.	15,75 Fr.
IV	6,- Fr.	9,50 Fr.	15,50 Fr.

Die Verantwortungszulage beträgt bis zu 10 Prozent und die Handwerkerzulage bis zu 12 Prozent des Richtlohnes. Davon sind 40 U.S. feste Zulage. Die bisherigen Frauen- und Kinderzulagen von 1 Fr. pro Schicht bleiben bestehen.

3. Urlaubsfrage. Denjenigen Arbeitern, welche bis jetzt den ihnen für das laufende Jahr zustehenden Urlaub noch nicht genommen haben und die in den ersten Tagen nach der Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht anfahren können, wird diese Zeit im Rahmen des ihnen zustehenden Urlaubs als Urlaub angerechnet. Da im Mai und Juni mit Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse von der Erstellung von Urlaub abgesehen werden muß, können die Arbeiter den ihnen etwa noch zustehenden Urlaub bis 1. Oktober 1923 nehmen.

4. Verschiedenes. Die Ausgabe der neuen Kohlenkarten für das Bezugsjahr vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 soll beschleunigt werden. Die wegen der Kündigung der Miet- und Pachtverträge anstehenden Termine werden verlegt. Bei Zurückziehung der Entlassung wird die Käumungsfrage zurückgezogen. Die Schichtarbeiter sollen bis zu dem Zeitpunkt, da die auswärtsigen Arbeiter wieder anfahren können, instand gesetzt werden (3 bis 4 Tage). Den Wiedereingestellten wird die eingehaltene Kontraktstrafe (Lohn für 6 Schichten) zurückerstattet. In etwa 10 Tagen soll ein Vorstoß gescheit werden.

Bekanntlich forderten die Organisationen eine Lohnerhöhung von 7 Fr. pro Schicht. Zugelassen wurden jetzt 5 Fr. bzw. 3 1/2 Fr. als Mindesthöhung. Die jetzt gültigen Lohnsätze sind aus vorstehender Aufstellung ersichtlich.

Vom Kampf an der Ruhr. Eingriffe der Franzosen.

In Aachen hielten die Belgier am 9. Mai Hausdurchsuchung in unserem Bezirksbureau ab, beschlagnahmten eine Anzahl Schriften, die Kasse mit über 2 Millionen Mark und beschlagnahmten den Kameraden Schlotter. Nach einigen Tagen wurden Verhaftung und Beschlagnahme aufgehoben.

Im Ruhrgebiet greifen die Franzosen zu immer härteren Maßnahmen. Die Verbindungsstelle zum Bochumer Verein, den Linienwerken usw. rufen sie auf, so daß die Kohlenzufuhr zu den Werken stillgelegt ist und nach Verbrauch der Kohlenbestände Zehntausenden von Arbeitern Arbeitslosigkeit droht. Trotzdem soll die ganze Franzosenkampagne nur friedlichen Zwecken dienen und nicht gegen die Arbeiter gerichtet sein!

Eine Anzahl Chemiker Werke, Weller ter Meer in Herdringen, die Badischen Anilin- und Sodawerke wurden besetzt. Bei den letzteren wurde der gesamten Arbeitererschaft der Zutritt zu den Anlagen verweigert. Das soll annehmen so lange geschehen, bis die Franzosen die Verträge an Chemikalien abtransportiert haben. Das diese Methoden geeignet sind, die Wiedergutmachungsfähigkeit Deutschlands zu steigern, werden auch die Franzosen wohl nicht behaupten wollen.

Ganz unverantwortlich und unmenslich aber sind die Methoden der Franzosen, Eisenbahnen usw. mit einer Frist von zehn Minuten oder einer Stunde auszuweisen und alle Möbel zurückzuführen. Wir besagen Sabotageakte von Deutschen, die unserer Sache nicht dienen, aber diese Methoden sind mit schuld an solchen Akten der Verzweiflung.

Einpruch der dänischen Gewerkschaften bei Boimcaré.

Der Ausschuss der vereinigten dänischen Gewerkschaften hat dem französischen Gesandten in Kopenhagen folgende Einpruchserklärung überreicht, mit dem Ersuchen, das Schreiben an den Ministerpräsidenten Boimcaré weiterzuleiten:

Der am 12. Mai 1923 zu einer Sitzung versammelte Ausschuss der vereinigten Gewerkschaften spricht seine Trauer und seine Enttäuschung über die von der französischen Regierung erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes und die damit verbundenen Gewalttaten aus. Die Entschädigungsfrage rührt, wie vom Internationalen Gewerkschaftsbund wiederholt verlangt wurde, durch ein unparteiisches, vom Völkerbund eingerichtetes Schiedsgericht entscheiden werden. Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes ist eine Gewalttat, die in erster Linie eine verheerende Niederwerfung des friedensliebenden in Europa verhindert, eine Willkür, die weiterhin den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas lähmt. Der ganzen Auffassung unseres Zeitalters widerspricht, daß freie deutsche Arbeiter unter der Aufsicht französischer Soldaten arbeiten sollen. Gleichzeitig bröckeln wir unseren Einpruch und unseren Absichten vor den Überfällen auf deutsche Arbeiter und deren Ermordung durch französische Soldaten aus. Was dort geschehen ist, verleiht unter Rechtfertigung und zwingt uns, die französische Regierung aufzufordern, so schnell wie möglich ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen und die Entschädigungsfrage durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen.

Im Namen der vereinigten Gewerkschaften: Karl G. Wadjen, Alfred Christensen.

Dolchstoß im Ruhrkampf.

Eiberfeld, 14. Mai. Wie wir erfahren, wurde gestern mit Hilfe der Führer der Organisation Heinz im Sommer Bürgerverein

Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich am 14. Mai eine Revisionskonferenz unseres Verbandes in Saarbrücken. Anwesend waren 12 Delegierte. Nach einem eingehenden Bericht des Kameraden Schlotter und des Sekretärs des DVOB. — Beide Redner empfanden einen geschlossenen Abbruch des Kampfes —, besaß die Anwesende ein. Die Redner betonten, daß die Front der Streikenden so unerschütterlich wie am ersten Tage stehe, daß aber das Verhandlungsergebnis als annehmbar zu betrachten sei. Mit den Stimmen aller 12 Delegierten wurde folgende Entschliebung angenommen:

Die am 14. Mai im Rudwigsplatz in Saarbrücken tagende Revisionskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschließt nach dem Bericht der Bezirksleitung über die letzten Verhandlungen mit der Generaldirektion der Saargruben, am 15. Mai die Arbeit aufzunehmen.

Die Konferenz fordert alle Verbandsmitglieder auf, so diszipliniert wie während des Streiks auch die Anfuhr zu vollziehen. Die Konferenz erwartet, daß die Generaldirektion der Saargruben den mündlichen, als auch den schriftlichen Abmachungen, besonders bezüglich der entlassenen Arbeiter voll und ganz gerecht wird.

Das weitere glaubt die Konferenz betonen zu müssen, daß die zum Teil unwürdige Behandlung als auch Mindestentlohnung der Bergarbeiter der Vergangenheit angehört.

In weiteren Entschliebungen wird Protest erhoben gegen die Verordnung über Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung (Streikprohibitor). Allen denjenigen, die den Streik mit ideellen und materiellen Mitteln unterstützen, wird Dank ausgesprochen. Die Belegschaftsvertreter beider Seiten, weiter von den beiden Vertretern Beder und Kramer als Kameraden angesprochen zu werden; beiden wird für alle Zukunft flehentlich Verachtung ausgesprochen.

Auch der christliche Gewerksverein hat auf einer Konferenz die Arbeitsaufnahme beschlossen. Damit hat der 14 Wochen dauernde Streik sein Ende erreicht.

Wierzehn Wochen Streik.

Mit einer solchen Fähigkeit der Saarbergleute haben die französischen Kämpfer nicht gerechnet. Noch in jedem Falle haben sie sich bei der Einschätzung der deutschen Arbeiterkraft verrechnet. Welche großen wirtschaftlichen Verluste sind durch den Streik entstanden! Hätten es die Franzosen nicht viel billiger haben können? Diese Zugeständnisse, die jetzt gemacht wurden, bräuchten nur vor dem Streikausbruch gemacht zu werden und die riesigen Verluste hätten erlitten. Nein, man wollte es auf eine Nachtprobe ankommen lassen, glaubte, durch einen Streik die Bergarbeiterorganisationen zu zerrüttern und ihre Macht zu brechen. Das Gegenteil ist eingetroffen. Die Franzosen haben den Organisationsgedanken in den Köpfen der Saarkameraden befestigt; die Organisationen haben einen großen Sieg errungen über den bruttalen und militärisch künftigen Imperialismus der Jetztzeit. Ein Bravo den modernen Saarkameraden und Dank der Saarbergleute, die durch ihre moralische und materielle Unterstützung den Bergarbeitern mit zum Siege verholfen hat. Im Saargebiet kämpfte deutscher Arbeitergeist gegen französische Unterdrücker. Der Kampf wurde gut geführt, er ist gewonnen. Den Franzosen ist alle Luft zu einem nochmaligen solchen Tanz gründlich ausgeblasen worden. Diesen Denksteif werden sie nicht so leicht vergeffen.

Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Im gesamten Verbandsgebiet ist der Beitrag eines Stundenlohnes durchgeführt. Nicht so im Saargebiet, weil dort die Kameraden im Streik standen. Auf der Revisionskonferenz wurde auch diese Frage beraten. Einmütig beschloß die Delegierten, daß auch im Saargebiet ein Stundenlohn als Wochenbeitrag eingeführt wird.

durch zwei Eiberfelder Kriminalbeamte verhaftet. Wie es scheint, wird man jetzt der ganzen Organisation auf die Spur kommen. Es steht fest, daß Heinz monatlich über 10 Millionen Mark Stillschreiber verfügen konnte. Die Geldgeber sollen in Münster liegen. Bekanntlich wurden im vergangenen Woche in Düsseldorf vom französischen Kriegsgericht eine Reihe von Angehörigen der Organisation wegen Sabotage verurteilt, u. a. Schlägter zum Tode und Sabowski zu lebenslänglichem Kerker. Heinz soll auch die Braunschweizer für die Attentäter Scheidemanns geliefert haben.

Das französische Kriegsgericht des Brüdertopfes Düsseldorf besaßte sich in seinen Sitzungen vom 8. und 9. Mai mit den Mitgliedern einer rechtsradikalen Geheimorganisation, die angeklagt waren, hauptsächlich an verschiedenen Stellen des Ruhrgebietes den Bahnsörper mittels Dynamit gelähmt zu haben. Die Anklage erstreckte sich außerdem nach französischem Strafrecht auf Spionage, Komplott gegen die öffentliche Sicherheit und Zugehörigkeit zu einer Verbrecherorganisation.

Angeklagt waren: Schlägter (Berlin), Sabowski (Wreslau), Werner (Jahrze), Beder (Hamburg), Zimmermann (Friedrichshafen), Kulmann (Effen) und Bisping (Effen). Die Angeklagten gehörten burschweg den „besseren“ Ständen an. Schlägter und Sabowski sind ehemalige Offiziere. Beder ist Student der Medizin, Kulmann Ingenieur, Bisping Zeichner, Zimmermann ist ohne Beruf. Es wurden verurteilt: Schlägter zum Tode, Sabowski zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, Werner zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Beder zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Zimmermann zu 10 Jahren Zwangsarbeit, Kulmann zu 7 Jahren Gefängnis, Bisping zu 5 Jahren Gefängnis.

Heinz im Hauptmann Souwenstein, der Organisator der Bande „Sturmabteilung Heinz“, die in Oberlohn sein Unwesen trieb. Nach dem Franzosenfall betlegte Heinz seinen Sitz nach Eiberfeld und organisierte hier den Guerillakrieg gegen die Franzosen. Einer Schilderung dieser Tätigkeit in der „Welt am Montag“ entnehmen wir das folgende:

Sabowski hat sich sofort nach der Besetzung des Ruhrgebietes nach Effen begeben. Auch Schlägter folgte ihm bald nach Effen und übernahm als Diensthelfer und ehemaliger Offizier das Kommando der Gruppe. Heinz blieb mit seinen beiden Adjutanten König und Trafe in Eiberfeld.

In den ersten Wärtagen schlug Schlägter seinem Führer die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Düsseldorf-Kalkum vor; 30 kg Dynamit waren nach Effen geschickt worden. Schlägter, Krause, König und mehrere Beobachter begaben sich zur Brücke. Schlägter brachte die Ladung an, König setzte die Zündung in Gang. Der Eisenbahnkörper flog auf. Die Ladung war jedoch für die Brücke unzureichend, sie zerfiel immerhin einige Beschädigungen. Die Täter hüben unerkannt, der Landrat und der Bürgermeister der nächstliegenden Ortschaft Kalkersweith wurden als Geiseln verhaftet.

Es folgte die Sprengung des Eisenbahnkörpers zwischen Effen und Weiden. Die Besatzungsbehörde legte der Stadt Effen eine Millionenkontribution auf.

Ein Tunnel zwischen Kelmig und Hügel, auf der Strecke von Effen nach Düsseldorf, zog die Effenner Gruppe besonders an. Eine Bombe wurde auf einen vorbeifahrenden Zug (Effen-Paris) geschleudert, richtete jedoch keinen großen Schaden an.

Sabowski hatte den Schlägter den Befehl erhalten, einen gewissen Sinder zu überwachen, der Kommunist und französischer Spion sei. Eines Tages übergab Heinz dem Schlägter eine Summe von 100000 Mk. und erklärte, es handle sich um die Au-

gelegenheit Sinder. Die Effenner Zeitungen hatten einige Tage vorher die Nachricht gebracht, daß ein gewisser Sinder e m o r d e t vor dem Polizeibrigade aufgefunden worden war.

Der Angeklagte Werner hatte in seinem Verhör ausgesagt, daß Sabowski erklärt habe, mit Beder und einem gewissen Sachmann, der sich in Berlin aufhält, Sinder „beauftragt“ zu haben. Sabowski soll nach diesen Aussagen Sinder vorerst mit einem Kleinmügel zu Boden geschlagen und ihn dann durch Kugelverwundungen tödlich getötet haben.

Sobem wir bisher hinlänglich die Tätigkeit der Mitglieder der Gruppe Schlägter kennen gelernt, so dürfte es von so größerem Wert sein, die eigentlichen Hintermänner dieser Gruppen ermitteln zu können. Zunächst liegt nur die Aussage des Angeklagten Werner vor:

Werner war bei Heinz in Eiberfeld um Einstellung vorstellig geworden. Er hatte Heinz vor der Besetzung des Ruhrgebietes in Berlin-Wannsee bei einem Ball der Hochbauleute wiederbegegnet. Heinz, der übrigens stark betrunken war, erklärte ihm, in aller nächster Zeit Beschäftigung für ihn zu haben. Im Februar ging dann Werner nach Eiberfeld, wo ihm Heinz eröffnete, daß er, Werner, für einen Tageslohn von 18000 Mk. nunmehr den Kurierdienst zwischen Eiberfeld und Berlin ausführen sollte.

Von diesem Zeitpunkt an überbrachte Werner nach seiner Erziehung regelmäßig versegelte Briefe nach Berlin zur Übergabe an die Reichstagsabgeordneten Wulle und v. Graefe, Führer der Deutschösterreichischen Freiheitspartei. Ebenso regelmäßig gingen Briefe und Berichte nach Berlin-Wannsee an Oberleutnant K o h b a c h und dessen militärischen Abteilungschef Oberberath, je nach der Verhaftung Kohbachs überbrachte Werner dessen Gattin noch Berichte aus Eiberfeld.

In demselben Kriegsgerichtsfall zu Düsseldorf, wie am 8. Mai 1923, saßen vor zwei Jahren ähnliche Opfer der Guerillagenerale auf der Anklagebank. Es waren die Wägeln, Kohlschlag und andere, die auf Befehl der Kapitänleutnants Ehrhardt und Klinger in Düsseldorf eine Gruppe der Organisation C formiert hatten. Über 20 junge Menschen hat dieser „Befehl“ C weit vom Schutz in München stehenden Herren hinter Kerkmann gebracht, aus der Vaterstadt vertrieben, um ihre Existenz, um ihr Familiengut und ihr Vermögen gebracht.

Und wieder wird der Wille und „Befehl“ gleicher Guerillagenerale seine furchterlichen Folgen haben. Er bringt ein Menschenleben vor zwölf Gewehrläufen. Er bringt ein anderes junges Menschenleben auf Lebensdauer hinter Zuchthausmauern, er trägt fünf anderen „Untergebenen“ 57 Jahre Zuchthaus ein...

Lohnerhöhungen im Bergbau.

Die Organisationen lehnten die Schiedsprüche, welche eine 10 bis 15prozentige Lohnerhöhung ab 1. Mai vorschlugen, ab. Dies hatte erneute Lohnverhandlungen zur Folge. Da keine Vereinbarungen zustande kamen, wurden am 15. Mai durch Stimmenmehrheit folgende Schiedsprüche gefällt:

- I. Die durch Schiedspruch vom 1. Mai 1923 erfolgte Regelung wird für die Zeit vom 1. bis 15. Mai 1923 bekräftigt.
- II. Vom 16. Mai 1923 ab werden die Löhne durchschnittlich je Mann und Schicht wie folgt erhöht:
 - a) im Ruhrgebiet um weitere 3500 Mk.
 - b) im Aachener Steinkohlenbergbau um weitere 3500 Mk.
 - c) im Kölner Braunkohlenbergbau um weitere 3500 Mk.
 - d) im Direkter Braunkohlenbergbau um weitere 3500 Mk.
 - e) in den Betrieben mit mittelhohen 300 Mk. Abwehrgulage und eine Erhöhung des Soziallohnes von 56 Mk. je Schicht.
 - f) im Steinkohlenbezirk Oberschlesien um weitere 3100 Mk.
 - g) in Niederschlesien um weitere 2900 Mk.
 - h) im Steinkohlenbezirk Ostpreußen und Lugaum um weitere 2900 Mk.
 - i) im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau um weitere 2900 Mk. im Kambredier, um 2688 Mk. im Kambredier I, um 2610 Mk. im Kambredier II.
 - k) im bayerischen Braunkohlenbergbau um weitere 2900 Mk., im Steinkohlenbergbau um 2500 Mk., im Braunkohlenbergbau (große Werke) 2750 Mk., (kleine Werke) 2600 Mk.
 - l) im Steinkohlenbezirk Niedersachsen um weitere 2720 Mk.
 - m) im Steinkohlenbezirk Thüringen um weitere 2680 Mk.

III. Die Regelung der Soziallöhne, außer der im besetzten Gebiet liegenden Kohlenbezirke, welche in der festgesetzten Erhöhung einbezogen sind, bleibt den Parteien überlassen.

IV. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnerhöhung auf die einzelnen Klassen der Lohnskala bleibt der Verhandlung in den Arbeitsgemeinschaften vorbehalten.

V. Ueber Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches wollen sich die Parteien dem Reichsarbeitsministerium gegenüber bis zum Ablauf des 23. Mai 1923 erklären.

Mit der Kalkindustrie wurde nachstehende Vereinbarung getroffen:

1. Die durch Schiedspruch vom 8. Mai 1923 erfolgte Regelung wird für die Zeit vom 1. bis 15. Mai 1923 bekräftigt. (Der Schiedspruch sieht ab 1. Mai eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1050 Mk. je Mann und Schicht vor.)
2. Vom 16. Mai 1923 ab wird eine durchschnittliche Lohnerhöhung je Mann und Schicht von 2900 Mk. einschließlich einer Erhöhung des Hausstands- u. Kindergebühres auf je 600 Mk. gewährt.

Die neuen Kohlenpreise.

Die Beratungen über die infolge der Lohnerhöhungen notwendigen Kohlenpreise hatten folgenden Ergebnis. Die Preise werden erhöht (ohne Steuer usw.) ab 16. Mai:

Ruhrgebiet (Zerförderlohn)	25,9 %	= 21 199 Mk.
Aachen: Schichtlohn	25,9	= 24 883
Nordstern	25,9	= 28 793
Rheinische Braunkohle: Wilkens	25,9	= 12 970
Kohlohn		8 680
Oberschlesien	15	= 9 890
Sachsen	27,5	= 23 700
Niederschlesien	25	= 19 110
Bayern: Hochlohn	25	= 22 000
Steinkohle	25	= 19 210
Mitteldeutsche Braunkohle: Wilkens	23	= 11 730
Kohlohn	20	= 8 772
Niedersachsen	21,5	= 17 668
Thüringen	21,5	= 19 896

Für bayerische Braunkohle und die Kambrediere wird verhältnismäßige Erhöhung festgesetzt.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Ein Elend in die Not der Zeit.

Der Schnapskonsum sinkt, so sagt die Statistik des Reichsbrauwirtschaftsmonopols. Der Alkoholverbrauch soll auf die Hälfte des letzten Vorjahres zurückgegangen sein. Auch gegen das Vorjahr gerechnet ist der Verbrauch zurückgegangen. Während im Oktober 1922 z. B. der Schnapsverbrauch des Jahres 1922 mit 93 000 Hektoliter erreicht wurde, sank schon im November der Absatz auf 79 000, im Dezember auf 42 000, im Januar d. J. auf 38 000 Hektoliter. Im Februar, März und April aber ist zusammengekommen die Abgabe an Alkohol noch nicht so groß gewesen, wie

In dem einen Monat Januar. Da diese Ziffern beziehen sich nur auf Trinkbranntwein, also auf alle Liqueure, Korn, Roggen- und Fruchtschnäpfe, sogenannte Kognale, also Weinbranntweine usw. Nicht aber auf Bier und Wein. Daß der Verbrauch letzterer Getränke stark zurückgegangen ist, steht bei der fortschreitenden Verarmung breiter Volksschichten und der notwendig werdenden Einschränkung ohnehin außer Frage.

Uns scheint diese Auffassung nicht ganz richtig zu sein. Was im Herbst gehandelt wurde, ist zum Teil sehr viel später getrunken worden. Aber wir wollen wünschen, daß zum körperlichen und geistigen Wohl des Volkes der Schnapskonsum weiter zurückgeht.

Von den Betriebsräten. Schutz bei Entlassungen.

Diejenigen Kameraden, welche zu unseren Rechtschutzhelfen bzw. Geschäftshelfern kommen, um Schutz bei Entlassungen zu suchen, sind meistens vollständig im Unklaren, wie sie sich in diesem Falle zu verhalten haben. Nicht die geringste Ahnung ist vorhanden über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Die Folge davon ist natürlich, daß meistens die Frist schon verstrichen ist. Aus diesem Grunde sehe ich mich veranlaßt, unsere Kameraden auf folgendes hinzuweisen. Zunächst einmal:

Die Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes über die Kündigung (§ 81) oder die stilllose Entlassung (§ 82) sind noch in Kraft. Diese Paragraphen sind ja auch meistens mit in den Arbeitsordnungen enthalten. Nach dem Betriebsrätegesetz steht nun natürlich dem Gehilfen oder stilllos Entlassenen ein Einspruchsrecht unter Vorlegung von Gründen zu. Dieser Einspruch muß innerhalb fünf Tagen bei dem Vorgesetzten des Arbeiterrats geschehen. Der Arbeiterrat hat den Einspruch in einer außerordentlichen Sitzung zu prüfen. Zu dieser Sitzung müssen alle Mitglieder des Arbeiterrats geladen werden. Das Ergebnis ist in einem Protokoll niederzulegen, in welchem auch das Abfertigungsverhältnis enthalten sein muß. Wenn nun der Arbeitgeber den Einspruch als begründet erachtet, so muß er in Verbindung mit der Werkleitung eintreten. Gelingt es nicht, eine Verständigung innerhalb einer Woche nach der ersten Verständigungsbehandlung oder einem Verständigungsversuch herbeizuführen, so muß der Arbeiterrat binnen fünf Tagen die Angelegenheit an den Schlichtungsausschuß weiterleiten. Wo Unklarheiten bestehen, müssen die Betroffenen und der Arbeitgeber auf unseren Büros vorprechen. Aber auf eins muß ganz besonders hingewiesen werden. Erster Grundsatz muß für die Schutzsuchenden sein: "Nur alles die Wahrheit." Auch den Betriebsräten sei empfohlen, das Betriebsrätegesetz genau zu studieren.

Nichtigstellung.

In Nr. 20 der "Bergarb.-Stn." ist der in seiner neuen Fassung abgedruckte Schutzparagraph bei Entlassungen mit einer falschen Überschrift versehen worden. Diese muß heißen: "Entscheidung bei Entlassungen". Die Worte: "von Betriebsratsmitgliedern" sind zuzutun, weil alle Arbeiter unter den § 87 fallen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Gewinnung und Belegschaft im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im November und Dezember 1922.

(Nachweisungen des Deutschen Braunkohlenindustrievereins in Halle.)

Table with 5 columns: Month, Production (1921, 1922), and Employees (1921, 1922). Rows include Arbeitstage, Rohlenförderung, Tagebau, Ziebau, arbeitsfähig, Koksgerinnung, Brechlohen, Feuertreibstoffe, and Beschäftigte.

Man sieht: etwas weniger Arbeiter, 6 1/2 bis 10 1/2 Prozent mehr Belegschaft, ein Arbeitstag weniger, der Förder- resp. Jahresarbeitsanteil je Arbeiter ist ständig, im ganzen Jahr 1922 um 13,39 Prozent gestiegen. Ist der Reallohn auch so gestiegen?

Steigende Leistung — gesteigertes Reallohn.

Ohne auf unsere Kritik an statistischen Methoden zurückzukommen, lassen wir die nachfolgenden Zahlen aus dem "Bildauf" sprechen für die Tatsache des steigenden Leistungseffekts im Ruhrgebiet. Der "Bildauf" gibt über den "Schichtförderanteil" folgende Tabelle:

Table showing monthly production and employee numbers for the Ruhr region from 1921 to 1922, categorized by month and year.

Wie man sieht, widerlegen auch diese Tabellen das Märchen von der wachsenden "Haulheit" der Bergarbeiter.

Aus der Tarifpraxis.

Keine Tariflöwe für Unorganisierte.

Die Verwaltung der Grube Subertus im linksrheinischen Braunkohlenrevier zahlte im Einzelnahmen mit dem Betriebsrat dem unorganisierten Bergmann Bittl, Werfens aus Dürren 10 Prozent weniger als der Lohnempfänger vorlieht. Werfens verklagte darauf die Grube Subertus auf Zahlung des Tariflohnes. Das Gewerbegericht wies die Klage ab. Dem Kläger, der bis zum 14. Januar die tarifliche Bezüge erhielt, wurde der 10prozentige Abzug ohne vorherige Anfristung gemacht. Gehört auf die Arbeitsordnung, mußte die Verwaltung den Lohn mit 14 Tagen auflösen. In diesem Falle entschied das Gewerbegericht, daß für 14tägige Anfristung der Tariflohn zu zahlen sei. Das Urteil und seine Begründung lautet:

Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger den Betrag von 931,80 M. zu zahlen, im übrigen wird der Kläger mit der Klage abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreites werden dem Kläger zu drei Vierteln, der Beklagten zu einem Viertel auferlegt. Gründe: Unstreitig ist, daß der Tarifvertrag für das rheinische Braunkohlenrevier nicht für allgemein verbindlich erklärt worden ist, er hat also nur zwischen dem vertragsschließenden Parteien Geltung. Der Kläger gehört

keiner der vertragsschließenden Arbeitnehmergewerkschaften an, er hat auch nicht behauptet, daß ihm die Zahlung des Tariflohnes vertraglich zugesichert worden sei, folglich kann er keine Ansprüche gegen die Beklagte nicht auf den Tarifvertrag stützen. Ueberdies heißt es aber auch im § 9 Ziffer 3 des Tarifvertrages ausdrücklich, daß Arbeiter, die den vertragsschließenden Organisationen nicht angehören, keinen Anspruch auf die Leistungen aus dem Tarifvertrag haben. Der Kläger hat nun bis zum 14. Januar die tariflichen Bezüge erhalten. Von diesem Tage an ist ihm ohne vorherige Anfristung ein um 10 Prozent geringerer Lohn gezahlt worden. Da die Beklagte unstrittig auf Grund ihrer Arbeitsordnung mit dem Kläger eine 14tägige Anfristung vereinbart hat, war sie gehalten, den bisher gezahlten höheren Lohn mit 14tägiger Frist aufzulösen. Da sie dies nicht getan hat, muß sie dem Kläger vom 14. Januar ab noch für 14 Tage den Tariflohn voll zahlen. Der hierfür in Frage kommende Differenzbetrag, der nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien 931,80 M. beträgt, hat die Beklagte anerkannt, sie war ihrem Anerkenntnis gemäß zu verurteilen. Im übrigen war auf Abweisung der Klage zu erkennen unter Kostenentscheidung gemäß § 92 ZPO.

Durch dies Urteil ist erneut gerichtlich entschieden, daß die Unorganisierten und Unionisten keinen Anspruch auf den Tariflohn haben. Die Grubenbesitzer haben natürlich das größte Interesse, die Unorganisierten und Unionisten zu fördern, um dadurch die Schlagkraft der bestehenden Organisationen zu lähmen. Je größer die Zahl der Unorganisierten und Unionisten, um so eher ist das Unternehmertum in der Lage, vorübergehende Verhältnisse einzuführen. Die tariflichen Erwerbslosen der gewerkschaftlichen Organisationen werden bestreift, wenn der Preis der Unorganisierten größer wird. Die Gewerkschaften haben eine schwierige Aufgabe. Will es doch, vor allen Dingen in der kommenden Wirtschaftskrise die Erwerbslosen zu halten. Dies hängt jedoch von der Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ab. Darum hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Internationale Rundschau.

Kommunistisches Agitationsprotokoll.

Wohl nie ist eine Wohltätigkeitsveranstaltung mehr gekündigt worden als das russische Brot. Mit ertönen Plakaten, Versammlungsgeschrei und Bauwau wurden sie angekündigt und verteilt. Wie heißt das alte Sprichwort noch:

Wer andern Gutes tut und öfters damit prahlt, Der handelt wider Recht; er macht sich selbst bezahlt!

Jetzt finden die Kommunisten auch noch den traurigen Mut, einzugehen, daß mit dieser Spende nicht Leben und Not gemindert, sondern der Agitation geholfen werden sollte. Die russisch-amerikanische "Hilfsliga" veröffentlichte am 8. Mai einen Bericht der aus Deutschland zurückgekehrten Delegierten der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die Delegierten berichteten in der Sitzung der Exekutive am 7. Mai. Sie haben nach dem ausführlichen Bericht vor allem hervor, daß die Verteilung des gesendeten russischen Brotes zur Steigerung des Ansehens der — wohl kommunistischen — Betriebsräte geführt habe, weil die Verteilung in deren Händen lag. Die hochoffizielle Zeitung bemerkt, daß die Betriebsräte im Zusammenhang mit der Verteilung "eine große politische Kampagne" entfaltet haben. Das stimmt. Aber wie harmonisiert das: Wohltätigkeit zu politischen Zwecken einer Partei? Allgemein ist es üblich, für Agitation aufgewandte Mittel nicht mit dem Wort "Wohltätigkeit" zu belegen.

Aus der niederländischen Gewerkschaftsbewegung.

Das Gesamtvermögen der beim Niederländischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen betrug Ende 1922 mehr als 4 1/2 Millionen Gulden. Im gleichen Jahre gaben diese Organisationen für Streiks und bei Ausbrechungen nahezu 1 1/2 Millionen Gulden aus. Andererseits erhielten die von Streiks oder Ausbrechungen betroffenen Verbände etwa 200 000 Gulden aus der Streikkasse des Niederländischen Gewerkschaftsbundes. Dieser Fonds umfaßt Ende 1922 einen Betrag von über 1/2 Million Gulden.

Im Jahre 1921 zahlten die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände mehr als 7 Millionen Gulden an Arbeitslose aus sowie etwa 1/2 Million Gulden an Krankenunterstützung.

In 1920 und 1921 haben die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen bei Streiks, Arbeitslosigkeit und als Krankenunterstützung insgesamt etwa 20 Mill. Gulden ausgezahlt. Diese Ziffern zeugen von einer starken finanziellen Widerstandskraft der niederländischen Gewerkschaften.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Wollt ihr wieder Bürgerkrieg?

Den Kommunisten ist es wieder mal gelungen, ein Meines Neuerden anzuknüpfen, das hoffentlich ausgebeutet sein wird, wenn diese Zeiten im Erud erscheinen. In Dortmund und war ihre Demonstration gegen die Ausschließung von tabakmachenden Kommunisten aus dem Landtag von ganzen 480 Mann besucht. Mit dieser Parole war also nichts zu machen. Da kam es den Gewerkschaften sehr gelegen, daß auf einigen Zeichen Differenzen wegen der Abschlagszahlung entstanden, über die neuen Lohnvereinbarungen wurden vor ihrem Abschluß falsche Behauptungen verbreitet und so kam es denn am 15. Mai auf Kaiserstuhl I zu einem Streikbeschluss mit der Forderung: 200 000 M. Vorzusch für Beibratete und 150 000 M. für Ledige. Das war vor der Dienst am späten Abend in Berlin erfolgten neuen Lohnvereinbarung. Der "General-Anzeiger" in Dortmund, dies verantwortungsvolle nationalsozialistisch-kommunistisch-anarchosozialistische Zehelappter hatte nichts eiligeres zu tun, als zu melden, der Streik sei eine Folge der ungenügenden Lohnverhöhung. Einige folgen. Belegschaftsversammlungen beschloßen die Weitertragung des Streiks. Kaiserstuhl I und Schornhorst wurden stillgelegt und auch auf Tremonta, Dorfeld und Minister Stein wurde dann der Versuch gemacht. Unter Vorantritt der kommunistischen Hundertschafften, mit militärischem Trara: "Vorwärts, marsch!" usw. wurde versucht, die Belegschaften dieser Schächte in den Streik zu zwingen. Auf Dorfeld gab für die Stürmenden blutige Kämpfe, auf Minister Stein wurde der Ansturm von der Polizei abgelenkt. Weiter wurden dabei ein halbes Duzend Polizeibeamte schwer verletzt, ebenso eine Anzahl der Demonstranten, von denen einer gestorben ist.

Es ist traurig, daß auf die Parolen der Gewaltmenschen von links, die mit gefunder Wirtschaftspolitik gar nichts zu tun haben, immer wieder ein Teil Arbeiter hereinfällt; und besonders ist es, daß der weitaus überwiegende Teil der Arbeiter, der von diesem Schwindel nichts wissen will, nicht von hornheren diesem Treiben energisch entgegentritt. "Proletarische Hundertschafften" von Brand und Sohn, Maurer, Zimmerer und die unermesslichen "Arbeitslosen", auch die Gestalten, die den Steinwas in Dortmund "nieten", fehlten bei diesen Demonstrationen und Gewalttaten nicht. Auch andere verdächtige Ge-Rollen, die sehr nach dem Offizier a. D. rochen, fehlten nicht, so daß mit ziemlicher Bestimmtheit damit zu rechnen ist, daß hier nicht nur Kräfte von links, sondern auch von rechts am Werke sind! Daß der ganze Schund nicht den Arbeitern, sondern nur den Feinden der Republik und nicht zuletzt den Franzosen nützt, verheißt sich von selbst!

Wir wissen sehr wohl, daß Lohnvereinbarungen im Bergbau sehr leicht von stürmischer Breitenentwicklung überholt werden können. Nach der Februar-Lohnverhöhung trat eine Kuberei, ja eine kleine Senkung der Preise ein, so daß wir bis in den April hinein auf neue Lohnvereinbarungen verzichten konnten. Die neuen Vereinbarungen bringen für das Ruhrgebiet für die erste Hälfte durchschnittlich 1760 M. Zulage je Schicht, für die zweite Hälfte mehrere 3000 M. Das entspricht der bis zu den Verhandlungen nachgewiesenen Teuerung. Geht die Teuerung, wie es leider den

Anschein hat, weiter, so muß der Verband durch neue Lohnforderungen dazu Stellung nehmen. Aber durch welche Streiks und Krawalle gibt es keine Hilfe für uns, sondern nur für die Franzosen. — Deshalb ist es Pflicht aller Kameraden, mit allen Mitteln dem verhassten Spuk entgegenzutreten, wie er sich jetzt wieder im Dortmundrevier zeigt.

Warm verlassen die Bergarbeiter das Ruhrgebiet?

Aus mehreren Bergbaurevierern laufen Nachrichten ein, daß dort Vergleiche aus dem Ruhrgebiet in größerer Zahl eintreffen und auf unsere Bezirksleitungen um Arbeitsvermittlung nachsuchen. Uns ist der Hype der Ausreise nicht klar, da doch tatsächlich keine Ursachen dazu vorliegen. Jeder bleibe jetzt, wenn ihn nicht persönliche Gründe zum Arbeitswechsel bewegen, wo er ist. Wenn Ausweisungen vorliegen, wird der Verband schon das Nötigste beantragen. Wo aber aus rein persönlichen Gründen ein Arbeitswechsel vorgenommen wird, lehnen es unsere Bezirksleitungen ab, beim Arbeitsuchen behilflich zu sein.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Das goldene Hochzeitsjubiläum

feierte am 18. Mai der Kamerad Heinrich Fädel. Wenn wir an dieser Stelle dessen gedenken, so deshalb, weil er dieses halbe Jahrhundert nicht nur einem beschaulichen Familienleben widmete. Ein Eitel Verbandsgelehrter hängt daran. Immer haud er im Vordergrund und trotz seines hohen Alters war er noch der weinigen Jahren als Stellvertreter für den Verband tätig. Ihn und seine getreue Lebensgefährtin, die ihm stets zur Seite stand, beglückwünschen wir herzlich zu ihrer goldenen Hochzeit. Beide haben für ihre Berufspflichten in vorbildlicher Weise erfüllt. Möge ihnen ihr Lebensabend zufriedene Stunden bringen.

Die Ortsverwaltungen der Bezirke I, II, III und Leithe.

„Einheitsverband“

Die HFF-Präsidenten haben im Ruhrrevier, in der Gegend um Bochum herum, einen sogenannten „Einheitsverband“ gegründet. Am 13. Mai riefen sie eine öffentliche Versammlung nach Bochum (Kloster Straße) ein, für welche ein Herr Wappert, Angehöriger des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (Richtung S.-D.) und zugleich Schachwirt, das Referat übernommen hat. Das Versammlungsgelände war gut besetzt, neun Zehntel der Besucher waren Organisierte der Arbeitsgemeinschaften.

Herr Wappert legte los und erzählte, daß das Samenlörchen der Einheitsorganisation gelegt werden müsse, damit es reichlich Frucht trage. Auch der Ochse, welcher den Ader juchte, wisse nicht, daß die Samenförner, welche der Landmann säe, ihm das Futter bräuten. Da nun die Versammlung nicht verheissen konnte, ob Herr Wappert für sich als Wirt rede, oder ob er durch Schaffung neuer Organisationen die Einheit der Arbeiter fördern wolle, wurde er nach wenigen Minuten unterbrochen. Die Versammlung wählte eine Leitung aus den Reihen der Arbeitsgemeinschaft. Herr Wappert war, nicht unter der neuen Leitung zu sprechen und beschwand. Das Referat übernahm dann der Bezirksleiter Teppe vom Verband. Er sprach über die jetzigen Dinge.

Dieses Ergebnis wird den HFF-Präsidenten zeigen, daß ihr Korb bei der großen Masse keinen Nährboden findet. Auch Herr Wappert wird sich hoffentlich nicht wieder gebrauchen lassen. Was sagt übrigens seine Organisation hierzu?

Wie große Kinder spielen.

Folgender Anschlag wurde auf der Zeche Karl Friedrich ausgehängt:

Achtung!

Die Betriebshundertschaften sowie diejenigen, die ihr noch beitreten wollen, treten am Sonntag, den 24. April, um 5 Uhr bei Kreier an. Umrahmt nach Barriere Nr. 5, Unterland, S. D. Einer, der es wagen will, behauptet, daß diese Hundertschaft noch mehr solcher „Unterländer“ hat, die alle glorreiche Namen tragen. So heißt einer „Eberold Holmes“, einer „Alf Carter“, ein anderer „Kinsbo Aladin“, einer heißt „Trogl“ und schließlich trägt einer die hübsche russische Bezeichnung „Jwan Dural“.

Auf Gott gewagt und Ungewiß.

Der Betriebsführer dieser Zeche scheint seine Tüchtigkeit damit beweisen zu wollen, daß er die ausstehenden Vergleiche mit lauten Schimpfen am Stollenmund empfangt, so daß die Passanten auf der Straße stehen bleiben. Auch bei jeder anderen Gelegenheit läßt er seinen Geist im widerwärtigen Schimpfen leuchten. Woher sein Verstand nicht zum Refieren an? Ein intelligenter Mensch weiß doch auf andere Art mit den Arbeitern fertig zu werden!

Wie ist das denn dort mit dem Betriebsrat? Fintel er keine Mischlinge, die er den Herren so lange um die Ohren schüttelt, bis sie beiseite werden? Solches wirkt absolut als Erziehungsmitel. — Wo Freiheit wohnt, ist die Dummheit zu Hause, und wo die Dummheit ist, gibt es Mischlinge.

So soll es sein?

Das „Ruhr-Echo“ in Essen hat schon öfter Artikel gebracht über Betriebsräte, wie sie nicht sein sollen. Selbstverständliche waren dieses immer Betriebsräte, welches Mitglieder des so verhassten Bergarbeiterverbandes sind. Es müssen demnach die Betriebsräte der vielgerühmten Union alle so sein, wie es wohl vom „Ruhr-Echo“ gewünscht wird. In Anbetracht dessen erscheint es angebracht, den Betriebsobmann der Zeche Friedrich Ernestine in Stoppenberg etwas zu beleuchten. Dieser Unionist muß ja außerordentlich tüchtig sein, sonst würde er kaum Mitglied des sogenannten Vorstandsausschusses der Betriebsräte.

Reichhorn ist der Name des so „tüchtigen“ Unionisten. Wie sagt man R. seine Tätigkeit auf? Während seiner Betriebsratszeit von etwa 1 1/2 Jahr hat er eine ganze Anzahl Betriebspunkte seiner Fachabteilung nach nicht gesehen. So man hat Besichtigungen gemacht, daß R. monatlich überhaupt nicht in der Grube zu sehen ist, trotzdem Mischlinge, mehr wie vielleicht auf jeder anderen Schachtanlage, zu befehlen sind. Wenn man sich den Strafzettel anschaut, stehen einem die Haare zu Berge. Strafen von 500 bis 10 000 M. sind so häufig, daß man wirklich zu der Auffassung kommt, daß hier ein Betriebsobmann tätig ist (der ganze Betriebsausschuß besteht außer einem Mitglied der Union aus Unionisten), wie er nach der Auffassung des „Ruhr-Echo“ sein muß. 100 000 M. und mehr sind schon öfter den Kameraden abgeholt worden. Den Beamten hat man kürzlich mit Besetzungswerk bis spät in die Nacht hinein zwei Wagen Kohlen ausgehändigt. Die Kameraden können ihre Hausbrandkosten auf der Handlarre holen. Was dieses kümmert R. wenig, es genügt ihm, wenn er abends in der Waschküche eine Delegiertenversammlung abhält und in dieser zehn- bis zwanzigmal den Bergarbeiterverband nennt. Wird jedoch ein Bekehrter von den Franzosen verhaftet, so beginnt R. sofort das große Wert der Befreiung und läßt auf Kosten und Spesen der Zeche nach Mainz. So also sieht ein Betriebsrat aus „wie er sein soll“. Kameraden, achtet auf solche Selben der Phrasen!

In eigener Sache.

Am 1. Februar d. J. fand eine Sitzung mehrerer Betriebsausschüsse verschiedener Schachtanlagen statt, an welcher Vertreter der Schachtanlagen und des Amtes Mengede teilnahmen. In dieser Sitzung wurde u. a. auch über die Lohnverhältnisse gesprochen. In den ersten Tagen nach dieser Sitzung verbreitete der Bergmann Karl P. L., Westfälische, Emilstraße 26, das Gerücht, es sei in dieser Sitzung ein Antrag gestellt, dahingehend, den Bergarbeitern in allerhöchster Zeit einen größeren Geldbetrag als Teuerungszulage zu gewähren. Diesen Antrag soll ich in meiner

Eigenschaft als Betriebsausführungsmittel abgelehnt haben mit der Begründung, die Arbeiterschaft sei nicht in Not und deshalb sei eine solche Zahlung nicht erforderlich.

Wilhelm Osthaus, Dellinghausen 29 (bei Menge), Betriebsausführungsmittel der Zeche Abols von Sanjmann.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Letzte Fahrt unseres Kameraden Dannich.

(Der vorliegende Bericht ist infolge der mangelhaften Postverhältnisse verspätet eingetroffen.)

Am 7. Mai sollte Gustav Dannich beerdigt werden. Die Verhältnisse verhinderten dieses. Da die Bekanntgabe der Beerdigungsverlegung auf den folgenden Tag erst in letzter Stunde erfolgen konnte, machten viele auswärtige wohnende Freunde und Bekannte am 7. Mai den Weg vergebens.

Am 8. Mai füllten sich früh vor der Beerdigung die Straßen Mariadorfs mit Menschen. Die Trauerfeier wurde im Saale Merkelsbach abgehalten. Nur einigen Hundert seiner Freunde war es vergönnt, an dieser Feier teilzunehmen.

Gustav Dannich hat eine reiche Tätigkeit hinter sich liegen. Er ist arm geboren und arm ist er gestorben.

Als er in dem nieder-sächsischen Bergarbeiterort Nieder-Hermendorf das Licht der Welt erblickte, da hat es ihm seine Mutter nicht an der Wiege gesungen, daß er im Laufe seines Lebens eine so überaus segensreiche Tätigkeit entfalten würde.

Gustav Dannich wurde Bezirksleiter. Seine Umsicht, Ruhe und Besonnenheit verschafften ihm die Liebe und das Vertrauen aller dortigen, die mit ihm in nähere Beziehungen traten.

Wir werden ihn nun hinausstragen und einbetten in kühler Erde. Wir werden sein Grab mit Blumen schmücken. Und dort wollen wir geloben, das Werk, das er begonnen, auch in seinem Geiste zu vollenden!

Fahre wohl lieber Freund und Mitarbeiter. Gied auf zur letzten Fahrt!

Dem Sarge folgten Tausende von Menschen. Im Grade sprach nochmals Kamerad Sufemann bewegte Worte des Abschieds.

Die Zahlstelle Horbach

bei Aachen verlor am 28. April durch Tod ihren Mitbegründer, den Kameraden Ludwig Ruckelorn.

Nach dem Verzweigen.

Wir können doch nichts dafür, daß die Redaktion der 'Union' solchen Unfug ihren Lesern bietet. Wir haben doch berichtet, daß es sich auf Karl Alexander in Bredowweiler um eine Schlagwetterexplosion handelt.

Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

Jahreskonferenz des Kasseler Bezirks.

Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die Jahreskonferenz für den Bezirk Nordhausen nicht für den geplanten Bezirk abgehalten werden konnte.

Eingangs gab der Bezirksleiter Wendt-Nordhausen einen Überblick über die augenblickliche wirtschaftliche Lage unter Berücksichtigung des Kohlenbergbaues und kam zu dem Schluß, daß der passible Widerstand, in welchem unsere Kameraden im widerrechtlich von den Franzosen und Belgiern besetzten Gebiet heute mit an erster Stelle stehen, fortgesetzt werden müsse.

Anschließend gab Kamerad Böcker den Jahres- und Kassensbericht des Bezirks. Danach ist die Tätigkeit der Bezirksleitung eine recht vielseitige gewesen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kameraden Burt-hardt, Schäfer, Correll, Umbach, Kunz, Schmitz, Eberling, Jinn, Jordan und Schwarz.

Beklagt wurde von einzelnen Rednern auch über das Vorgehen einzelner Unternehmer bei Auslegung des Tarifvertrages und des Betriebsratsgesetzes.

Was in allem betrachtet, kann gesagt werden, daß mit den Ansichten der Disziplinierung für die Zukunft sich vieles machen läßt. Das konnte im Schlußwort Kamerad Wendt festgestellt werden.

Die Arbeit dieser Konferenz hat wesentlich zur Klärung innerhalb unseres Verbandes im Bezirk beigetragen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Radikalismus oder Dummheit?

Der Dollar steigt und mit ihm oder in noch schnellerem Tempo die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Die Löhne der Schieferarbeiter bleiben immer mehr zurück.

Daß sich jeder Kamerad, ob Funktionär oder Mitglied, an das Statut halten muß, ist wohl selbstverständlich. Jenen Kameraden aber, die sich die Feiertage auf den Urlaub anrechnen lassen und trotzdem Unterstützung verlangen, muß gesagt werden: Wodurch habt ihr denn den Urlaub erst erreicht?

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Die Brandwetterkatastrophe auf dem Bahnschacht.

Zu dem von uns schon berichteten Unglück auf dem Bahnschacht der Hülfssteiner Gruben erhalten wir noch folgenden Bericht: Bis Montag, den 23. April, hatte man verlustig durch Verschlammung den Grubenbrand einzudämmen.

Rachdem die halbe Stunde verstrich und die drei nicht zurückkommen, brängten auch die beiden Kameraden nach. Alle fünf haben in der Wetterstrecke den Tod gefunden.

und außerdem in große Lebensgefahr geraten. Allein in der Zeit von 11 bis 3 Uhr sind zwölf Rettungsapparate unbrauchbar geworden. Es muß also gesagt werden, daß auch hier die Rettungsapparate vollkommen verfallen, denn die genannten zwölf Stück haben keine fünf Minuten funktioniert.

Es muß weiter kritisiert werden, daß einige Male die letzten Rettungsmannschaften eingesetzt wurden, ohne daß noch Reservemannschaften vorhanden waren.

Wenn auch der Verlust von sechs Menschenleben nur infolge Nichtbefolgung eines Befehles entstanden ist, so muß demungeachtet doch betont werden, daß diese Opfer nicht gebracht zu werden brauchten, wenn von Anfang an alles getan worden wäre, um den Brand zu ersticken.

Wir nehmen an, daß die Akten über diesen Fall noch nicht geschlossen sind und daß die Bergbehörde dem Untersuchungsamt sofort klipp und klar Antwort gibt: war es notwendig, das Grubenfeld sofort einzudämmen und auf eine Reihe von Höhen stehen zu lassen?

Saargebiet.

Beder und Krämer

Am 9. Mai sollte eine ihrer Versammlungen in Schiffweiler stattfinden. Ein 3000 Personen fassender Saal wurde gemietet.

Am 9. Mai sollte eine ihrer Versammlungen in Schiffweiler stattfinden. Ein 3000 Personen fassender Saal wurde gemietet. Als der Beauftragte der beiden Verräter, Herr Konrad, erschien, standen vor dem Saal einige tausend Bergarbeiter.

Kommunistischer Zuwachs.

Im Saargebiet (früher auch an der Ruhr) trieb sich der Syndikalist Rühlhausen herum, wo er die Rolle als Oberhündel spielte. Dies auch noch im Streikfang.

Nicht besser erging es den Kommunisten mit dem Frankens-Beder aus dem Saargebiet. Auch dieser war zum Berichterstatter der 'Roten Fahne' avanciert.

Erinnert sei noch an den französischen Propagandakünstler Walz, der sich lange als solcher in der SPD-Partei herumtrieb.

Jubiläumstafel

Die Zahlstelle Rüdighausen beging am 24. April ihr 25jähriges Bestehungsfest. Von den Gründern wohnen heute noch in der Zahlstelle die Kameraden Aug. Niederheide, Gustav Schäfer und Heinrich Naumann.

Welcher feierten folgende altbewährte Verbandsfunktionäre und Agitatoren ihr Verbandsjubiläum: Friedrich Frank, Zahlstelle Lanstrop-Borltar; Theod. Diemler, Ernst Köhler, Wilh. Kummer, Friedr. Schmalz, Ernst Schürer, Rich. Schürer und Moritz Weiden-dörfer aus der Zahlstelle Pöhlau; Anton Kruthoff, Zahlstelle Mülheim-Ruhr; Hugo Bitter, Zahlstelle Beed.

Das 30jährige Verbandsjubiläum begingen folgende Kameraden: Wilhelm Rothhaus, Zahlstelle Mülheim-Ruhr; Ludwig Kaspar (eingetreten am 1. 10. 1889); Peter Wettkläufer (eingetreten am 8. 10. 89) und Friedrich Beutmann (eingetreten am 1. 3. 1891), Zahlstelle Raltehard.

Alle benannten Jubilare sind Funktionäre des Verbandes und zum Teil heute noch tätig.

Zur Beachtung! Alle Zuschriften für die Jubiläumstafel müssen Angaben über innewohnde Verbandsämter der Jubilare enthalten. Andere Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 21. Woche (vom 20. bis 26. Mai) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Krankengeldauszahlung.

Siedelberg. Die Auszahlung des Krankengeldes findet jeden britten Sonntag im Monat, morgens von 9-11 Uhr beim Vertrauensmann Karl Behle, Wellingshoferstraße (Siedlung) statt.